Erscheint Mittwochs, Red.-Schluß Sonntag.
Vierteljährl. Abonnement 1.50 Goldmark.
Anzeigenpreis: 8 mmm Nonpareillezeile (Mindestwerb. ausgeschl.) 0.60 Goldmark. Stellenteil - Anzeigen die Hälfte.

Der Schuhmacher

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher
und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Verantwortlicher Redakteur: Otto Trefftich, Nürnberg. Fernspr.-Anschl. 408 Versandst. u. Redakt.: Nürnberg 1, Essenweinstraße 1, 3 Zahlungen: Postscheckkonto 29989 Expedition „Der Schuhmacher" Nbg.

Nummer 46 — Nürnberg, den 12. November 1924 — 38. Jahrgang

Reichstagswahl! Vor die Front!

Große außen- und innenpolitische Entscheidungen hängen vom Ausgang der Wählen ab. Außenpolitisch geht es um die friedliche Lösung der Reparationsfrage, innenpolitisch

um die Republik.

Die überragende Bedeutung des Wahlausganges am Scheideweg der deutschen Politik zwischen Krieg oder Frieden, Monarchie oder Republik darf aber nicht die ungeheure Wichtigkeit der wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen verdunkeln. Je größer die Notlage des Landes, um so mehr fühlen die einzelnen Volksklassen die Eingriffe des Staates, um so wichtiger ist es, wie diese ausfallen. Auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens stehen grundlegende Neuderungen bevor, deren Richtung vielfach vom Ausgang der Wahlen bestimmt sein wird.

Für die Produktions- und Preispolitik heißt es: Soll das Monopolkapital, sollen die

Truste und Kartelle

unbehindert und ohne Kontrolle schalten und walten? Ein gewaltiger Zug zur Kartellierung hat soeben neu begonnen, neue Kartelle in der Schwerindustrie, in der chemischen und der Textilindustrie sind im Entstehen begriffen. Ihr Zweck ist: geregelte Produktionseinschränkung und Ausschaltung der Preiskonkurrenz. Soll das Monopolkapital die Preise willkürlich diktieren? Betriebsstillegungen nach Belieben durchführen? Die Parteien von Rechts als Vertreter des Kapitals werden dies nicht hindern. Zur Verbilligung der Lebenshaltung sind unter anderem Förderung der Einfuhr lebensnotwendiger Waren mit staatlicher Unterstützung, Förderung der Genossenschaften und gemeinwirtschaftlicher Anstalten jeglicher Art nötig — welche Partei vertritt denn diese Forderungen? In engster Verbindung mit der Produktionspolitik kommt es bei der Handelspolitik darauf an, ob sie die

Lebenshaltung im Inland

und die Ausfuhr am Weltmarkt zu erleichtern vermag. Die Agrarzölle würden diese Hoffnungen zertrümmern, und nicht weniger die hohen Industriezölle. Sie würden die Lebenshaltungskosten erhöhen, die Volksgesundheit untergraben, die Produktionskosten steigern und das Ausland zu Gegenmaßnahmen veranlassen, die der deutschen Ausfuhr abträglich sind. Sie gefährden den wirtschaftlichen Frieden und die Zusammenarbeit der Völker. Eine rechtsnationale Regierung würde aber den Hochschutzzoll einführen — sie würde den Interessen der Volksgemeinschaft und der Volkswirtschaft die einzelner mächtiger Gruppen vorziehen.

Im Geld- und Kreditwesen tut die Verhütung der Inflation und der

Abbau der enormen Bankzinsen

not. Wird die Leitung der Reichsbank gegenüber einseitigen landwirtschaftlichen Ansprüchen weiter festgelegt bezogen? Die Regierung der Deutschnationalen würde versuchen, die Reichsbank zu einer gefährlichen Inflation zugunsten des Großgrundbesitzes zu treiben. Der Staat könnte auf mannigfache Weise — durch Einflußnahme auf die Reichsbank, durch Steuerpolitik und schließlich mit noch energischeren Mitteln — die Banken zur Verfolgung einer vernünftigen Zinspolitik zwingen. Welche Parteien werden sich dieser Aufgabe unterziehen? Die Aufwertungsfrage ist noch ungelöst, wer soll die Vorteile der Aufwertung haben: der Kleinrentner oder die Reichen? Die bürgerlichen Parteien möchten sie den Starken, die Sozialisten sie den Schwachen zukommen lassen.

Vor die Front!

In der Finanzpolitik harrt das Problem der

Lastenverteilung

der Lösung. Die Steuergesetzgebung ist für die Lebenshaltung der großen Massen, darüber hinaus für die Produktions- und Konsumpolitik von der größten Bedeutung. Vom Ausgang der Wahlen hängt es ab, ob das gegenwärtige ungerechte Steuersystem, das die Staatseinkommen überwiegend aus Verbrauchs-, Verkehrs- und Lohnsteuern aufbringt, beibehalten, ja zum Schaden der Bevölkerung verschärft wird, oder ob es einem anderen, das die großen Profite, das Vermögen, die Erbschaft, den Wertzuwachs des Bodens, die Grundrente zur Steuerleistung heranzieht, Platz machen soll.

Die Richtung der

künftigen Sozialpolitik

wird von den kommenden Wahlen entscheidend beeinflußt. An der Spitze steht das Problem des Achtstundentages. Die Wahlen gelten der Rückeroberung dieser großen Errungenschaft der Nachkriegszeit. Aber auch die übrigen sozialpolitischen Tagesfragen werden je nach dem Ausgang der Wahlen beantwortet werden. Können die Unternehmer ihre begonnenen oder geplanten Angriffe gegen Tarifvertrag und Betriebsräte unter dem Schutz des Staates fortsetzen, oder aber wird der Staat Privatkapitalisten Riesengeschenke in den Schoß wirfen, gegen die Tarifverträge und Schlichtungsorgane, die neuerdings außerteutone Beschneidung des Wirkungskreises für die Betriebsräte gehören in dieses Gebiet. Soll der Reichswirtschaftsrat beibehalten oder, wie es die Unternehmer haben möchten, weiter abgebaut werden? Soll der Wohnungsnot abgeholfen werde und auf welche Weise: durch Privathauten, wozu der Staat Privatkapitalisten Riesengeschenke in den Schoß wirft, oder durch die Gemeinden? Oder will man bei der Wahl die Deutschnationalen, Deutschvolksparteiler und die daneben stehenden Parteien zur Macht kommen lassen, die den völligen

Abbau des Mieterschutzes

(Aufhebung des Mieterkündigungsschutzes) herbeiführen wollen? Soll die Arbeitslosenfürsorge entwickelt, ihre heute so kärglichen Leistungen erhöht, oder wie die Unternehmer es wünschen, abgebaut werden? Dieselbe Frage muß auch in Bezug auf die übrigen Zweige der Sozialversicherung, der Invaliden- und Altersversicherung, der Witwen- und Waisenpensionen gestellt werden, die auf Grund der Selbstverwaltung der Beteiligten neu organisiert werden sollen.

Wir sehen: nicht nur auf dem Gebiet der inneren und äußeren Politik, sondern auch auf dem der Produktions-, Preis- und Handelspolitik, des Geld- und Kreditwesens, der Finanzpolitik und der Sozialpolitik gehen die Wege weit auseinander, und es hängt vom Ergebnis der Wahl ab, welche von ihnen eingeschlagen werden.

Deswegen gilt es für die Arbeiterschaft, keine Zeit mehr zu verlieren. Deshalb Kollegen und Kolleginnen! Alle heraus vor die Front! Alle hinein in den Wahlkampf!

Bei der

Reichstagswahl am 7. Dezember

gehts ums Ganze. Deshalb agitiert und werbt für die Wahl! Rüttelt alle auf! Sorgt dafür, daß ein Reichstag gewählt wird, der eine freiheitliche Entwicklung und den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse gewährleistet!

Der internationale Kongreß für Sozialpolitik.

Für die Internationalisierung des Arbeiterschutzes haben ohne Zweifel die internationalen Kongresse für Sozialpolitik eine hervorragende Bedeutung erlangt. Durch diese Internationalen Kongresse für Sozialpolitik, einberufen von bürgerlichen Sozialogen und Sozialpolitikern (der erste fand im Jahre 1897 in Zürich statt, der zweite im Jahre 1900 in Paris), wurde das Gewissen der Regierungen geweckt, die aus Uebelwollen die organisierte Arbeiterschaft selbst und ihre Forderungen noch ganz und gar ignorierten. Hauptsächlich auf die Anregungen der im Jahre 1900 gegründeten „Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz" ist die diplomatische Arbeiterschutzkonferenz von Bern 1906 zurückzuführen, auf welcher die ersten praktischen Schritte zur Internationalisierung des Arbeiterschutzes unternommen wurden. Es wurden Vereinbarungen getroffen über das Verbot der Verwendung von weißem Phosphor in der Zündholzindustrie und das Verbot der gewerblichen Nachtarbeit der Frauen. Sieben Jahre später, 1913, einigte sich eine zweite Sachverständigenkonferenz über das Verbot der Nachtarbeit jugendlicher Personen und die Festsetzung einer Höchstarbeitsdauer für Frauen und Jugendliche.

Die gänzliche Beiseitschiebung der Arbeiterklasse durch eine politische Interessengruppe mußte mit der Beendigung des Krieges demokratischeren Formen weichen. Auf den Einfluß der Arbeiterorganisationen hin wurde die Forderung internationaler Abmachungen über den Arbeiterschutz ein Bestandteil des Friedensvertrages. Auf verschiedenen internationalen Kongressen in Leeds 1916, in Bern 1919, in Rom 1922, in Wien 1924 hat die internationale Arbeiterschaft ihre Forderungen erhoben. Der Internationale Kongreß zur Sozialpolitik, der vom 2. bis 4. Oktober 1924 in Prag stattfand, war nun die erste große derart zusammengesetzte internationale Tagung nach dem Kriege, die sich mit Fragen des Arbeiterschutzes beschäftigte. Zur Verhandlung stand die Entwicklung der Sozialpolitik und des Arbeiterschutzes, der Achtstundentag, die Frage der Betriebsräte und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Von den etwas über 1000 Teilnehmern waren die Hälfte aus der Tschechoslowakei, die andere Hälfte setzte sich aus Vertretern nahezu aller Länder Europas zusammen. Dann waren aus Japan drei Delegierte anwesend.

Den Verhandlungen des Kongresses einzeln Beratungen der Vereinigung für internationalen Arbeiterschutz und der Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit voraus. In diesen Vorverhandlungen wurde ungeregt, diese beiden internationalen Vereinigungen zusammenzufassen. Es fand dann auch am Mittwoch, 1. Oktober, eine gemeinsame Beratung statt, in der man sich grundsätzlich über die Zusammenfassung beider Körperschaften verständigte.

Während es auf den beiden ersten internationalen Kongressen für Sozialpolitik gegen einzelne sozialpolitische Maßnahmen an Bedenken und Einwendungen nicht fehlte, waren es auf dem Prager Kongreß nur die faschistischen Teilnehmer aus Italien und die spanischen Regierungsvertreter, die sich offen gegen eine vorgeschlagene Entschließung wendeten. Sie nahmen Stellung gegen die Einführung der Betriebsräte, für die sich der Kongreß sonst aber einmütig ausgesprochen hat.

In überzeugender Weise setzte der Berichterstatter zum Achtstundentag, der tschechische Abgeordnete Dr. Winter, auseinander, daß es sich da um eine Frage des Arbeiterschutzes handle, deren kulturpolitische Bedeutung kein ernster Sozialpolitiker mehr zu bestreiten wagt. Was man immer in der Vorkriegszeit gegen die Verkürzung der Arbeitszeit auf täglich 8 Stunden eingewendet hat, daß die Konkurrenzfähigkeit der Industrie darunter leide und daß die Arbeiter die gewonnene freie Zeit mißbrauchen würden und anderes mehr, hat sich als leere Rederei erwiesen. In allen Ländern, in denen der Achtstundentag durchgeführt ist, merkt man einen allgemeinen geistigen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse, ein Steigen ihrer Leistungsfähigkeit und zugleich damit einen Fortschritt in den organisatorischen Einrichtungen der Betriebe, der wiederum zu einer höheren Produktion führen muß. Ratifizierung des Washingtoner Abkommens sei das Gebot der Stunde. Die Einführung des Achtstundentags sei ebenso eine Selbstverständlichkeit, wie seinerzeit die Abschaffung der Sklaverei.

Was der weltbekannte Sozialpolitiker und Volkswirtschaftler Lujo Brentano zum Achtstundentag ausführte, sollte die Oeffentlichkeit darauf aufmerksam machen, daß die dem deutschen Volke auferlegten Verpflichtungen hart und ungerecht sind. Die Ausführungen gaben jedoch dem Gewerkschaftsvertreter Umbreit (Deutschland) Veranlassung, entschieden zu betonen, daß die deutsche Arbeiterschaft nicht im geringsten daran denkt, sich in Punkto Arbeitszeit schlechtere Bedingungen diktieren zu lassen, als solche für das Ausland festgelegt sind. Die Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Jouhaux (Frankreich) und Mertens (Belgien) nahmen Veranlassung, in der Debatte sich mit großer Schärfe dagegen zu wenden, daß in Deutschland unter Hinweis auf die Wiedergutmachungsverpflichtungen länger als acht Stunden täglich gearbeitet werde. Ebenso wendete sich der Vorsitzende des Kongresses Albert Thomas gegen die Ausführungen Brentanos. Dieser führte aus, daß die Bestrebungen nach Annahme des Washingtoner Uebereinkommens überall, auch in Deutschland, an Zustimmung gewinnen und hob zugleich hervor, daß Unruhe bei allen Völkern hervorgerufen würde, wenn bei den Nachbarn eine längere Arbeitszeit in Anwendung komme. Schon vor Thomas hatte Professor Grünberg (Deutschland) darauf hingewiesen, daß die kulturelle Bedeutung des Achtstundentages nicht hoch genug zu schätzen sei und nicht unseaeben werden könne, daß die Nichtbeachtung der Washingtoner Vereinbarung wirtschaftliche Vorteile bringen könne. Die Ausdehnung der Arbeitszeit bedeute nicht immer eine Steigerung der Produktivität, weshalb es falsch sei, unter Hinweis auf die Verpflichtungen Deutschlands aus dem Friedensvertrage etwa den Achtstundentag abzulehnen.

Zu der Frage der Einführung von Betriebsräten erstattete Genosse Dr. Renner aus Wien einen übersichtlichen Bericht. Er vertrat darin die Notwendigkeit, den Arbeitern eines Betriebs ein Vertretungsrecht einzuräumen, womit ein schwerer Mangel der bisherigen Gesetzgebung beseitigt werde. In drei mittelcuropäischen Staaten, in Deutschland, in Oesterreich und in der Tschechoslowakei besteht die Einrichtung der Betriebsräte. Die westlichen Länder sollten nun endlich das bisher Versäumte nachholen und ebenfalls Betriebsräte einführen. Zwischen den Betriebsräten und den Gewerkschaften muß der innigste Zusammenhang bestehen und die Einrichtung der Betriebsräte soll getragen werden von den Gewerkschaften.

Die Verhandlungen über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leitete der französische Delegierte Lazard ein. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt ausgehend, sprach sich dieser für eine zielbewußtere finanzielle Staatswirtschaft aus. Durch reichlichere Kredite müsse für mageres Jahre vorgesorgt werden. Auch der Abbau aller Zollhindernisse wäre nach seiner Ansicht ein sicherer Weg zur Milderung und Beseitigung wirtschaftlicher Krisen. Außerdem sollten sich die Staaten von dem finanziellen Trucke der Banken frei machen. Gitsberts (Deutschland), der in der Diskussion das Wort ergriff, hielt die vorgelegte Resolution für etwas dürftig. Die Anarchie des Weltmarktes, wie er betonte, sei schuld an den Zuständen und deshalb müsse das Augenmerk auf die Handelsverträge gerichtet werden. Diese müssen mehr den Geist der Versöhnung in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht tragen. Ihr Ziel müsse sein, die Wirtschaft zu stützen und zu heben und nicht zu zerstören.

Im allgemeinen hat der Verlauf des Internationalen Kongresses für Sozialpolitik in Prag seinem Zweck entsprochen und, soweit Erwartungen an einen solchen Kongreß geknüpft werden können, diese auch erfüllt. In keinem Lande der Welt gibt sich die Arbeiterklasse und ihr gewerkschaftlich organisierter Teil dem Glauben hin, es sei von dem Ausgang einer solchen internationalen Tagung allein die Entwicklung der Sozialgesetzgebung abhängig. Bindende Beschlüsse für die Regierungen kann ein derartiger Kongreß nicht fassen. Die hohe propagandistische und moralische Wirkung solcher großen öffentlichen Erörterungen ist jedoch nicht zu verkennen. Deshalb halten es auch die organisierten Arbeiter für nötig, an derartigen internationalen Tagungen für Sozialpolitik teilzunehmen, dort ihre Anschauungen zu vertreten und im übrigen dafür zu sorgen, daß die gewerkschaftlichen Organisationen erstarken, durch deren Kräfte allein die Arbeiterschutzgesetzgebung vorwärts gebracht werden kann.

Die Beschlüsse des Kongresses zu den Gegenständen, die verhandelt wurden, geben wir im Wortlaute wieder. Die Entschließungen zur allgemeinen Sozialpolitik, zum Achtstundentag und zur Arbeitslosenfürsorge, wurden einstimmig angenommen. Bei der Entschließung über die Betriebsräte stimmten 21 italienische und spanische Delegierte dagegen.

Allgemeine Entschließung zur Sozialpolitik:

„Der Internationale Kongreß für Sozialpolitik tritt mit Genugtuung eine lebhafte Wiederbelebung der Bewegung für den Arbeiterschutz und für die internationale Arbeiter-Gesetzgebung in allen Ländern fest.

Der Umstand, daß in Prag 1100 Delegierte aus 26 Ländern anwesend sind, zeigt, welcher Einfluß auf die öffentliche Meinung jetzt schon ausgeübt werden kann.

Der Kongreß gibt dem Wunsche Ausdruck, daß diese Kräfte immer mehr und mehr gruppiert und organisiert, es ermöglichen, das Programm, das man auf dem Züricher Kongreß im Jahre 1897 entworfen hat, und das durch die Unterschrift der Regierungen in den Friedensverträgen bestätigt wurde, in seinem ganzen Umfange zu verwirklichen.

Durch eine energische und andauernde Einwirkung werden die Beschlüsse der Internationalen Arbeits-Konferenzen immer mehr Ausdruck haben, künftighin von den Regierungen ratifiziert und durch die Tatsachen verwirklicht zu werden.

Der Kongreß betrachtet es jedoch als seine besondere Pflicht, die öffentliche Meinung aller Länder auf die neuen Probleme der Zukunft aufmerksam zu machen, vor welche sie zugleich die Organisation der Produktion und die Entwicklung des Arbeiterbewußtseins stellt.

Eine neue Sozialpolitik ist geboren.

Sie erstreckt sich von dem notwendigen und primären Schutz der Kinder, Frauen und der unglücklichen Arbeitnehmer in rückständigen Ländern, bis zu der Behauptung der Rechte des manuellen und intellektuellen Produzenten im Produktionsbetriebe und in der allgemeinen Wirtschaft.

Sie versucht diese Rechte in allen Gebieten zu präzisieren und zu verwirklichen: in der Reglementation der Arbeit, in der Sozialversicherung, in der Auswanderung usw.

Es erscheint jedoch nötig, daß hinsichtlich des Achtstundentages, der Teilnahme der Arbeiter an der Betriebsführung und der Verdrängung gegen Arbeitslosigkeit präzise Maßnahmen schon jetzt gefaßt und angenommen werden können.

Der Kongreß hat deshalb die nachstehenden Beschlüsse angenommen:

Achtstundentag.

In Erwägung, daß der Achtstundentag den Gesundheitszustand der Arbeitnehmer erhöhen, ihr Familienleben günstig beeinflußt, ihnen größere Möglichkeit zu allgemeiner und beruflicher Ausbildung gewährt, das Gefühl ihres Eigenwertes verstärkt und ihnen so als Bürger und Produzenten erhöhte Bedeutung verleihen hat;

in Erwägung, daß nachweislich der Achtstundentag, weit entfernt, die Produktion automatisch zu vermindern, sie sogar zu Belgien erhöht ist, besonders dort, wo sie mit einer methodischen Arbeitsorganisation und einer Vervollkommnung der Arbeitsmittel Hand in Hand geht;

in Erwägung, daß der soziale Wert des Achtstundentages ein so überwiegender ist, daß die Schwierigkeiten politischer, wirtschaftlicher oder finanzieller Natur es nicht zu rechtfertigen vermögen, in einzelnen Ländern Maßregeln zu ergreifen, welche die Gesetze mit sich brächten,

daß die allgemeine Anwendung des Achtstundentages aufgegeben und so soziale Kämpfe verursacht würden,

fordert der Kongreß, in der Ueberzeugung, daß die Aufrechterhaltung des Achtstundentages in allen Ländern am besten durch eine internationale vertragliche Bindung der Regierungen gewährleistet wird, die sofortige und vorbehaltlose Ratifikation des Washingtoner Uebereinkommens durch alle Staaten, die Mitglieder der internationalen Arbeitsorganisation sind.

Er fordert ferner die Einführung einer entsprechenden Gesetzgebung in den übrigen Staaten.

Der Kongreß empfiehlt, die Bestrebungen durch internationale Uebereinkünfte, mit den nötigen Anpassungen auf alle Arbeiter zu erstrecken, insbesondere Erhebungen über die besten Mittel zur Verwirklichung einer solchen Erweiterung ihres Geltungsbereiches aufgestellt worden sind.

Ebenso verlangt er, daß durch ein internationales Abkommen die Höchstzahl der Ueberstunden, der wöchentliche Ruhetag und die Urlaube für die Arbeiterschaft gesichert werden.

Betriebsräte.

Eine wichtige Tatsache beherrscht das moderne soziale Leben. Die Arbeiter werden sich immer mehr des Wertes der manuellen und geistigen Arbeit im Wirtschaftsleben bewußt. Aus diesem Grunde ist es wichtig, das von den Gewerkschaften schon seit langer Zeit und erfolgreich verfochtene Recht auf Vertretung aller Interessen der Arbeiterschaft gesetzlich zu sichern und zu schützen und in der Organisation des Friedens zu berücksichtigen.

Es ist notwendig, allen arbeitenden Menschen in allen Zweigen des Wirtschaftslebens: in Produktion, Handel, Verkehr und Landwirtschaft, auf Organisation und Verwaltung der Wirtschaft Einfluß einzuräumen. Wenn nur Arbeit die Wirtschaft retten kann, so bedarf die Wirtschaft arbeitsfreudiger, an ihrer Tätigkeit, in der Produktion und in ihrem Berufe interessierter Arbeitskräfte.

Von diesen Erwägungen ausgehend, begrüßt der Kongreß mit Freude und Genugtuung die in mehreren Ländern Europas eingeführte und nunmehr schon bewährte Betriebsräteverfassung. Hand in Hand mit der Gewerkschaftsbewegung vermögen die Betriebsräte den arbeitenden Menschen ihre sozialen Rechte zu sichern und dem Wirtschaftsleben eine neue schöpferische Kraft dienstbar zu machen.

Die Internationale Kongreß für Sozialpolitik sieht auf dem Grundsatze, daß es zweckmäßig sei, daß die Arbeiter sowohl im Rahmen ihres Berufes als auch ihres Landes [illegible] arbeiten an der methodischen Betriebsführung im Interesse einer Hebung der Produktion heranzuziehen. Er verlangt daher, daß in den Unternehmungen auf gesetzlichem Wege und unter Anpassung an die besonderen Verhältnisse der einzelnen Länder Vertretungen der Arbeiter und Angestellten geschaffen werden, mit der Aufgabe, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften über die Ausführung der Arbeitsverträge zu wachen und an der Ausarbeitung und Einhaltung der Fabrikordnungen in allen Fragen mitzuwirken, die sich insbesondere auf die Festsetzung der Ruhepausen, der Urlaube und der Ferien, auf die Einhaltung der Mindestlöhne, die in den Tarifverträgen festgelegt sind, auf die Methoden und Lohnzahlung, auf Maßnahmen der Hygiene, der Unfallverhütung und Berufserkrankung, auf die technische Einrichtung und Verbesserung der Betriebe und auf die industrielle und technische Erziehung beziehen.

Der Kongreß ist der Auffassung, daß neben der Schaffung dieser Einrichtung auch eine Zusammenarbeit der Gewerkschaften und Organisationen der Unternehmer in wichtigen Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik gefördert werden sollte. Für diesen Zweck könnte die Schaffung von eigenen Körperschaften unter Verfassungsform der Betriebsräte vorgesehen werden, deren Aufbau, Zusammensetzung und Wirkungskreis sich nach den besonderen Verhältnissen der einzelnen Länder richten müßte.

Arbeitslosenfürsorge.

„Der Internationale Kongreß für Sozialpolitik betont die Notwendigkeit, mit Hilfe der Regierungen im Sinne des Ergebnisses der Konferenzen der internationalen Arbeitsorganisation die verschiedenen Maßnahmen weiter auszugestalten, die bis jetzt durch die öffentlichen Arbeitsnachweise und Berufsberatungsstellen, durch Versicherungseinrichtungen und durch eine zweckmäßigere Verteilung der öffentlichen Arbeiten unter Berücksichtnahme auf den Kreislauf des Wirtschaftslebens zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ergriffen worden sind.

Der Kongreß ersucht die Anhänger des sozialen Fortschritts in allen Ländern, die Verhütung von Arbeitslosigkeitsgefahren außerdem durch allgemein wirtschaftliche Maßnahmen, sowie insbesondere dadurch anzustreben, daß von den Regierungen die Belastung einer Mittel zur Stabilisierung des allgemeinen Preisniveaus und den Beziehungen der internationalen Konferenz in Genua im Interesse des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas gefordert wird.

Der Kongreß stellt den Antrag, daß sich die Regierungen alle Maßnahmen in den einzelnen Staaten und alle internationalen Vereinbarungen zu eigen machen, die geeignet sind, die Wanderungsbewegung unter Berücksichtigung der Lage des Arbeitsmarktes zu erleichtern."

Unfallverhütungs-Propaganda durch das Bild.

Wie bekannt, hat die beim Verbande der Deutschen Berufsgenossenschaften eingerichtete Zentralstelle für Unfallverhütung u. a. auch eine umfassende Bildpropaganda auf ihrem Programm. Zu diesem Zweck ist bereits vor einigen Monaten eine besondere Unfallverhütungs-Bild-G. m. b. H. ins Leben gerufen worden. Sie hat die Aufgabe, fortlaufend gute Unfallbilder, von Künstlerhand geschaffen, herstellen zu lassen und planmäßig zu verbreiten. Die ersten dieser Bilder sind inzwischen erschienen und hinausgegangen (oder sollen in den nächsten Tagen hinausgehen. Bei dem einen handelt es sich um ein allgemeines Bildplakat, das auf die noch immer allzu große Zahl der Unfälle hinweist und jeden im Betriebe Stehenden mahnt, zur Verhütung und Verringerung der Unfälle das Seinige beizutragen. Das zweite Bildplakat mahnt insbesondere zum Schutze der Augen.

Das wichtigste Problem bei dieser wie bei jeder Unfallverhütungspropaganda ist die Art der Verbreitung. Man hat sich hier entschlossen, sich der Hilfe der Berufsgenossenschaften selbst zu bedienen, die die Bilder und Plakate tunlichst in jeden einzelnen Betrieb bringen können und sollen. Sache des Arbeitgebers wie auch der Arbeitervertretungen wird es dann natürlich sein, für die regelmäßige und möglichst augenfällige Plakatierung der Bilder zu sorgen, immer in dem Bewußtsein, daß damit das Interesse aller im Betriebe Tätigen und an dem Betrieb Beteiligten gefördert wird: der Arbeiter und Angestellten, der Unternehmer und der Berufsgenossenschaft als Versicherungsträgerin. Intensivere und systematische Bekämpfung der noch immer allzu häufigen Unfälle, insbesondere der durch Fahrlässigkeit, Leichtsinn und Unachtsamkeit hervorgerufenen, ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Gesamtwirtschaft. Darum ist der neuen Organisation die allgemeine Unterstützung dringend zu wünschen, die allein einen wirklichen Erfolg verbürgt.

Katholische Arbeitnehmervertretung.

Zweierlei Klassenkampf. Ein katholischer Gelehrter schrieb in der politischen Arbeiterpresse den deutschnationalen Christen einige derbe Wahrheiten ins Stammbuch. Dabei richtete er auch ein offenes Wort an den rheinischen Bauernführer und Zentrumsmann, Freiherrn v. Lor, der das Zentrum besonders heftig angreift wegen seines taktischen Zusammengehens mit den Sozialdemokraten in der Frage der Regierungsbildung.

„Wenn die Politik der Sozialdemokraten „Klassenkampf" ist", so sagt der katholische Gelehrte sehr richtig, „so ist es die Politik der angeblich so christlichen großen Konzerngewaltigen nicht minder, die zu Zehntausenden die Arbeiter aussperren, um ihnen schlechtere Arbeitsbedingungen abzuzwingen. Warum predigt man ihnen nicht „christliche Volksgemeinschaft", warum verlangt man von ihnen nicht, Betriebe und Wirtschaft nach den Lehren der Bergpredigt zu führen? Warum ist es ein Verbrechen für katholische Arbeiter, Bauern und Intellektuelle, ein Stück Weges mit den Sozialdemokraten zu gehen, und warum ist es kein Verbrechen, wenn sich die großen, katholischen Konzernherren, wie Janssen und Klöckner, mit ungläubigen, unchristlichen, ja jüdischen Kapitalisten gegen die Arbeitnehmer verbinden? Uns scheint, da wäre das Aufbegehren gegen den „Klassenkampf" notwendiger als bei den armen Teufeln mit 20 M Wochenlohn oder 100 M Monatsgehalt, die sich zur Rettung ihres nackten Daseins zusammenfinden."

Das hier Gesagte mögen sich die „christlichen" Arbeiterführer, die eifrigen Befürworter der „Volksgemeinschaft" mit den Kapitalisten, ins Stammbuch schreiben. Den christlich organisierten Arbeitnehmern sollten die trefflichen Worte dieses katholischen Gelehrten besonders jetzt bei den Wahlen, zu denken geben.

Aus Beruf und Industrie.

Zu unseren Lohnforderungen.

Auf die neue Eingabe an den Schuhfabrikantenverband bezüglich der Lohnforderung ging uns die Mitteilung zu, daß die Angelegenheit den übrigen Fabrikantenverbänden wie auch den Zweigvereinen des Schuhfabrikantenverbands zur Stellungnahme zugeleitet worden sei.

Die Außenhandelsstelle für Lederwirtschaft

ist durch Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums endgültig aufgelöst worden.

Boykott der Häutekutschen.

Zwischen den Häutevertretungen (Fleischern) und dem organisierten Häute- und Fellhandel ist ein Krieg ausgebrochen. Die Häutehändler konkurrierten die Häutevertretungen wegen der Verladepreise, wobei die Häutevertretungen drei Prozent verlangten, die Häutehändler über 2½ Prozent jedoch nicht gehen wollten.

Bevor diese offene Fehde bestand, haben sich beide Gruppen jedenfalls sehr gut darin verstanden, eine beiden genehme Preispolitik zu machen und sich einen angemessenen Profit zu sichern.

Verbandstags-Protokoll.

Für die Beschlüsse des Verbandstags, die Aussprache grundsätzlicher Art, die vorgebrachten Gründe und Gegengründe (die in der Zeitungsberichterstattung nicht ausführlich wiedergegeben werden konnten) und die getroffenen Entscheidungen sollte sich jedes Verbandsmitglied interessieren.

Das von einem Berufsstenographen aufgenommene Protokoll wird demnächst fertiggestellt. Sein Preis wird für Mitglieder etwa 2 M betragen. Bestellungen können noch im Verlauf der kommenden Woche bis spätestens 23. November (da dann endgültig die Auflage festgestellt wird) an den Zentralvorstand gerichtet werden.

Die Lederpreise beweisen das deutlich genug. Man rechnete sich denn auch jetzt öffentlich vor, was man gegenseitig verdiente. Bei Lohnverhandlungen hörte man immer andere Töne. Da wurde nie etwas verdient, nur immer Geld zugesetzt.

Das Interessantestse bei dem Streite war, daß die Fleischer (Häutevertretungen) wieder einmal vom Reichswirtschaftsministerium die Freigabe der Ausfuhr für Häute verlangten. Darin zeigt sich die ganze Skrupellosigkeit dieser Geschäftsmacher. Einfaches Preisdiktat oder Verschiebung der Ware ins Ausland. Sie erklärten rundweg: „Gibt es denn in der ganzen Welt irgend einen Industrie- und Handelszweig, der sich als Verkäufer von seinen Abnehmern Bedingungen vorschreiben lassen muß?"

Ein krasserer Machtdünkel läßt sich kaum denken. Die Oeffentlichkeit hat ein Interesse daran, daß diesen Leuten einmal vorgerechnet wird, mit welcher Gewinnspanne sie in Friedenszeiten arbeiteten und welche Gewinnspanne sie jetzt besetzt. Das gilt übrigens auch für die anderen Zweige der Lederwirtschaft.

Verhandlungen der streitenden Teile vor dem Reichsarbeitsministerium haben noch keine Einigung gebracht. Die Gerber haben den Vorschlag gemacht, die wirklichen Frachtzuschlägen in Rechnung zu setzen. Die Fleischer lehnen aber eine Diskussion darüber ab.

Vom Ausland.

Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Gewerkschaften.

Nach verschiedenen Meldungen gehen in **Polen** die Behörden mit Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Gewerkschaftsbewegung vor, die infolge von eigener Zersplitterung selbst noch sehr gehemmt ist. Für die jüdischen Arbeiter bestehen besondere Sektionen. Der Auflösung der jüdischen Sektion des Textilarbeiterverbandes soll jetzt in Warschau die Auflösung der Ortsabteilung des Verbandes der Lederarbeiter gefolgt sein, angeblich weil alle Funktionäre als kommunistische Agitatoren bekannt seien.

In **Finnland** sind die Gewerkschaften für staatsgefährlich (vom obersten Gerichtshof des Landes) erklärt worden. Man hat ihnen den Verkauf von Beitragsmarken verboten, ihre Zeitungen unterdrückt, die Druckereien geschlossen und den Gewerkschaftsangestellten jede Dienstreise untersagt. Beschwerden und Proteste an die Regierungsstellen waren erfolglos.

In dieser Situation haben sich die finnischen Gewerkschaftsvertreter an das Internationale Arbeitsamt in Genf gewandt mit dem Ersuchen, ihnen zur Wiedererlangung des Koalitionsrechts behilflich zu sein. Wie bekannt, stehen einige der finnischen Gewerkschaften unter kommunistischer Leitung.

Ob das auch hier der Grund ist, oder ob andere Gründe für die Unterdrückungspraxis den Vorwand liefern, ist uns nicht bekannt, da die Gewerkschaften in Finnland wie auch in Polen mit den Gewerkschaftsverbänden des Westens sehr wenig Verbindung halten.

Auf alle Fälle fordert die Unterdrückung von Arbeiterorganisationen, die als Gewerkschaft rein wirtschaftliche Ziele verfolgen, zum schärfsten Protest heraus.

Mitteilungen.

Zwönitz-Lößnitz.

Auch in diesem Jahre ist es uns beschieden, einigen Kollegen, und zwar unsern Freunden Karl Sandert, aus Aue, Julius Schröder und Paul Ruppreckt aus Lößnitz, zu ihrem Mitgliedern bzw. Mitbürgern Verbandsjubiläum zu gratulieren. Um ununterstrichen Mitglied im Verband zu sein, bedeutete es vor dem Kriege im Erzgebirge ideal veranlagter Charaktere. Nur wenige waren im Verband, so in Zwönitz 1914 ganze 150 Personen, in Lößnitz 256. Der damaligen jetzt zusammengeschlossene Bezirk zählte keine 500 Verbandsmitglieder, heute sind es über 2000. So war nur in einzelnen Ortsteilen die Mitgliedschaft gegeben. Lohnforderungen zu stellen. Streiks waren früher kein alltägliches, daher waren Maßregelungen an der Tagesordnung. Die Unternehmer spielten damals den „Herrn im Hause", die Arbeiter mußten tanzen, wie jene wollten. Meistens waren es nur die Jüngeren, welche sich beschwerten auf Grund ihrer Unentschiedenheit und Geduldeten. Heute sieht die Jugendliche geschlossen da. Die Jugend hat es leichter, aber eben deshalb weiß sie vielfach nicht den Wert einer starken Organisation zu schätzen. Im 20. Jahrzehnt gelang es nicht, die Reihen voll zu organisieren, nach der Revolution waren ein paaderhalb Jahre kann durch reichlichen und Unbeteiligt bisher verloren werden. Etwas rasches aufzubauen, ist viel schwieriger. Es gilt abzuwarten, daß die Arbeiter wieder in die alte Anschlußlust zurückkehren werden. Das heißt nehmt die Treue einer Arbeiter zum Vorbild, bietet wie sie in Freud und Leid, in Sturm und Wetter dem Verband die Treue. Mögen unsere alten Kämpfer noch recht lange gesund in unserm verbrenen Reihen bleiben!

R. A.

Bezirkslohntarif für Schleswig-Holstein, Hamburg u. Lübeck.

Auf die ergebnislose Lohnsatzverhandlung der Zwischenbezirksleitung fand am 27. Oktober in Hamburg eine Verhandlung statt. Die Vertreter der Arbeitgeber erklärten sich bereit, den Spitzenlohn in Ortsklasse I von 70 auf 75 Pf. zu erhöhen. Unter Hinweis, daß dieses Angebot keine auch entsprechende Erhöhung auf Grund der Teuerung sei, erklärten die Arbeitnehmer, daß sie nicht in der Lage seien, mehr zu bewilligen, weil die komplizierte Lage des Gewerbes dieses nicht tragen könne. Nach nochmaliger Beratung haben wir das Angebot dann anzunehmen. Nach der Umrechnung ergeben sich folgende Stundenlöhne:

Gültig ab 31. Oktober 1924:

	1. Ortsk.	2. Ortsk.	3. Ortsk.	4. Ortsk.
männlich				
über 20 Jahre	73	67	60	52
unter 21 Jahren	67	60	54	47
weiblich				
über 20 Jahre	56	50	45	39
unter 20 Jahren	50	45	40	35

In Hamburg kommt für erstklassige neue Arbeit auf den Lohn von 73 Pf. ein Aufschlag von 20 Prozent. Wir erlauben die Ortsverwaltungen, für die Durchführung dieser Löhne zu sorgen. Die Bezirksleitung.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Vom 9. Novbr. bis 15. Novbr. 1924 ist der **46.** Beitrag fällig.

Ausschluß aus dem Verbande.

Auf Antrag der Zentrale Deutsch wurde in der Sitzung des Vorstandes vom 6. November das Mitglied Kurt Panke, Buch Nr. 100356, ausgeschlossen zum 20. Oktober 1924 in Zeitz 10, auf Grund des § 8 Abs. 4 des Statuts wegen unkameradlichen Verhaltens und Schädigung der Kollegeninteressen aus dem Zentralverband der Schuhmacher ausgeschlossen.

Nürnberg, den 8. November 1924. Der Vorstand.

Literatur.

„Die Arbeit", Zeitschrift für Wirtschaftskunde, Heft 4 vom 15. Oktober 1924, ist erschienen. Sie enthält einleitend einen Artikel von Th. Leipart: „Gewerkschaften und Nationalwirtschaftslehre", Professor Lindemann schreibt über „Gewerkschaftsgemäßige Arbeitslosenfürsorge". Ueber „Gewerkschaften und Berufsberatung" schreibt Käthe Gaebel. Es folgt sodann ein Artikel von Karl Schmidt über die „Gestaltung der Arbeitsbörsen" und andere wichtige Artikel.

J. Dubreuil, „Die internationale Sozialgesetzgebung" 106 S. 1924. Internationaler Gewerkschaftsbund, Amsterdam. Vertrieb für Deutschland durch die Vertriebsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, Preis 2 M. — Die 106 Seiten starke Schrift informiert sich in englischer Weise mit dem Betriebs- und Versammlungsrecht, dem Achtstundentag, der Wohnungsfürsorge, der Sozialversicherung und dem Mutterschutzrecht in allen wichtigen Ländern.

Wer an den „Schuhmacher" etwas zu schreiben hat, muß es direkt ausdrücklich entweder an die Expedition oder an die Redaktion adressieren.

Es kommen sonst Freiexemplare und Beschwerungen vor, denen im Zeitungsbetrieb ganz besonders vorgebeugt werden muß.

Anzeigen

Nachruf!
Am 4. November starb unser treuer Kollege und langjähriges Mitglied
August Stricker.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Man auch bei Zeit begraben sein, Vermißt von den Kollegen.
Sie werden sein gedenken doch Gewiß auf allen Wegen.
Die Zahlstellen der Zahlstelle Kornwestheim.

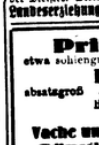
Burg bei Magdeburg
Lokal-Sterbekasse
Fällig ist die Marke Feld 160
Die Ortsverwaltung.

Tüchtiger Werkmeister,
der mit allen Maschinen, vom Zwicken bis zum Karton, bestens vertraut ist, Leute anlernen kann, wird sofort gesucht. Eilofferte unter „Werkmeister" an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Für 2 jüngere, evangelische
Schuhmacher-Gesellen
werden zum sofortigen Antritt
Arbeitsstellen
in nicht zu weiter Entfernung von Zeitz gesucht. Bedingung: mögl. sich Kost und Unterkunft im Hause der Meister. Meldungen erbittet die
Landesverzeichnisstelle Zeitz.

Wir suchen zum sofortig. Eintritt
2 durchaus perfekte
Schnittpolierer
Schuhfabrik Baden-Baden
Inh. Julius Schweizer
Baden-Baden.

Prima Kernstücke
etwa schlangrob . . . . . à Rmk. 1.— per Pfund
Prima Ecken
abstagrob . . . . . à Rmk. —.80 per Pfund
liefert laufend in großen Mengen, auch sehr preiswert
Vache und Wildvache in Hälften und Croupons.
Gütmöglichste Zahlungsgelegenheiten
Otto Noeckel, Leder-Großhandlung
Leipzig 15, Richard Wagner-Straße 17.


E. Vögtle, Berlin N. 54
Bochringer Straße 53
Generalvertretung der Firma Johannes Haag Göppingen, Kataloge, für Berlin, Brandenburg, Pommern und Mecklenburg.
Deutsche Werkzeuge für Land- u. Forstwirtschaft.
Eng. Schl. Schwedischer Wetzer. Marke „Lunkiet".
Empfehlenswerte für Selbstschärfer. — Hölzerne Hobelbänke Sonnenrad.

Spezial-Modellfachschule
J. Krüner, Bamberg (Bayern), Heiliggrabstraße 53
praktische Ausbildung von Modelleuren für die Schuhindustrie.
Drei Modell-Gradiermaschinen, sowie sämtliche Maschinen, die zum Modellfach gehören, sind vorhanden.
Prospekt gratis. — Prima Referenzen. — Bei Anfragen Rückporto beifügen.

Druck: Fränkische Verlagsanstalt & Buchdruckerei G. m. b. H. Nürnberg. — Verlag: Zentralvorstand der Schuhmacher Deutschlands (J. Simon) Nürnberg, Ostmannstraße 1.